

BÜCHER

Österreichische Wirtschafts- geschichte

Rezension von: Felix Butschek,
Österreichische Wirtschaftsgeschichte.
Von der Antike bis zur Gegenwart,
Böhlau, Wien – Köln – Graz 2011,
616 Seiten, € 49.

Angesichts der enormen Fülle von Detailstudien zu allen Phasen und Aspekten der österreichischen Wirtschaftsgeschichte bedarf es großer Courage und gestalterischer Kraft, ein Überblickswerk, das von der Antike bis in die Gegenwart reicht, zu schaffen. Daher hält sich die Anzahl derartig breit angelegter Darstellungen durchaus in Grenzen; man denke etwa an die Wirtschaftsgeschichte von Tremel¹ (1969) und vor allem an den Band „Ökonomie und Politik“ (1995) von Sandgruber.² Auf Teilaspekte fokussiert sind z. B. die Sozialgeschichte Österreichs von Bruckmüller (2001)³ und die von 2003 bis 2005 erschienene dreibändige österreichische Industriegeschichte.⁴ Das 19. Jahrhundert analysieren Bücher von Good (1986)⁵ und Komlos (1986),⁶ das 19. und 20. Jahrhundert behandelt ein Band von Eigner und Helige (1999),⁷ und für das 20. Jahrhundert liegen u. a. ein früheres Werk von Butschek (1985),⁸ eine Gesellschaftsgeschichte von Hanisch (1994)⁹ und eine Politik- und Wirtschaftsgeschichte von Berger (2007)¹⁰ vor.

Nunmehr hat Felix Butschek einen voluminösen Band vorgelegt, in dem er

auf 529 Textseiten die „Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart“ darstellt. Weitere etwa 90 Seiten umfassen die Anmerkungen und ein materialreicher statistischer Anhang. Angesichts mehrerer Publikationen, die der Autor während der vergangenen drei Jahrzehnte zu Teilbereichen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte veröffentlichte, kann das Buch gleichsam als die krönende „*summa*“ seiner Arbeiten zu dem Thema¹¹ gelesen werden.

Vom Gesamttext sind vier Seiten der Darlegung der theoretischen Basis gewidmet, auf 16 Seiten wird der „entwicklungsgeschichtliche Hintergrund“ präsentiert, ehe auf etwa 160 Seiten die Wirtschaftsgeschichte des Gebietes der heutigen Republik Österreich von der Völkerwanderungszeit bis zum Ersten Weltkrieg und auf weiteren knapp 350 Seiten die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart behandelt wird. Die Darstellung wird umso detaillierter, je mehr sie sich der Gegenwart nähert.

Um die große Stofffülle bewältigen zu können, ist ein klares Gliederungsprinzip erforderlich. Butschek wählt einen institutionenökonomischen Zugang, den er einleitend knapp darlegt (S. 3-6). Die Neue Institutionenökonomik baut auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie auf, bietet jedoch wesentliche Erweiterungen dieses Ansatzes.

Während die Neoklassik von einem Wohlfahrtsmaximum im Gleichgewicht dank rationalen Verhaltens im Wege von Tauschakten voll informierter Akteure bei subjektiven Bewertungen gemäß gegebenen Nutzenfunktionen

ausgeht, wobei eindeutige, unstrittige Eigentums- und Vertragsverhältnisse angenommen werden, berücksichtigt die Neue Institutionenökonomik Effizienzdefizite der Tauschwirtschaft in Form von sogenannten Transaktionskosten, die eine Abweichung vom neoklassischen Wohlfahrtsoptimum nach unten bewirken.

Wie gravierend der Abstand zum theoretischen Wohlfahrtsoptimum ausfällt, hängt von den gesellschaftlichen Institutionen (informelle Normen und formelle Regeln) ab. Durch diese Gesichtspunkte werden kulturelle Aspekte sowie Fragen der Gesetzgebung und -durchsetzung in die Analyse der Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit von Volkswirtschaften mit einbezogen. Die Grundannahme, je besser die Kultur (informelle Normen) und die formellen Regeln Sicherheit für möglichst reibungsarme Markttransaktionen gewährleisten, desto besser werden *ceteris paribus* die aktuellen Chancen für wohlfahrtsfördernde Transaktionen sowie die Entwicklungsmöglichkeiten einer Ökonomie über die Zeit ausgeschöpft werden können. Butschek expliziert, dass daher in der Arbeit „der institutionellen Entwicklung stets größte Aufmerksamkeit gewidmet wird“ (S. 6).

Mittels eben dieser Ansätze wurden in den vergangenen Jahrzehnten umfangreiche Studien zur Frage „Why Europe“¹² produziert, also warum gerade in Europa das moderne Wirtschaftswachstum eingesetzt habe. Auf den Seiten 7 bis 22 gibt Butschek einen knappen Überblick, wobei er die Herausbildung des europäischen Individualismus¹, Spezifika des europäischen Mittelalters im globalen Vergleich und Konstellationen während des Merkantilismus als Voraussetzungen für den „Durchbruch“ um 1800 zur

Industrialisierung hervorhebt. Dem stellt er knappe institutionalistische Erklärungen der Stagnation im arabischen Raum sowie erfolgreiche Aufholprozesse in Asien gegenüber.

In den Ausführungen zur Wirtschaftsgeschichte im Bereich des Gebiets der heutigen Republik Österreich bis zum Ersten Weltkrieg gibt der Autor ab der karolingischen Epoche eine durchgehende Darstellung, nachdem er zuvor kurz u. a. auf die Hallstatt-Zeit und die Ära des römischen Imperiums eingeht. Als Konstruktionsprinzip ist zu erkennen, dass auf der Grundlage ausgewählter Handbuchliteratur sowie fallweise zusätzlicher Spezialstudien ein Überblick gemäß dem neoinstitutionellen Ansatz erstellt wird. Butschek arbeitet demgemäß die Voraussetzungen für agrarische, gewerbliche und kommerzielle Entwicklungen im Rahmen des europäischen Feudalsystems und des Städtewesens heraus – Faktoren, die kumulativen Fortschritten in Handel und Technik förderlich waren, wobei sich mittelalterliche Privilegien und Ordnungen als ein für die Zeit adäquates Institutionensystem erwiesen. Somit konnten sich Innovationen in den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe, Bergbau, Handel und Geldwesen durchsetzen, die ihrerseits wesentliche Voraussetzungen für weitere Fortschritte darstellten. Auf die demografische Krise des Spätmittelalters, die für Autoren wie North und Jones als ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung in Europa gilt, geht Butschek nur extrem knapp ein (S. 41).

In der frühen Neuzeit wirkten dann förderliche und retardierende institutionelle Entwicklungen gegeneinander, z. B. Auseinandersetzungen zwischen Städten, Ständen und Territorialherr-

schern sowie konfessionelle Konflikte (Rekatholisierung), die u. a. zu einer Zurückdrängung der Autonomie der Städte und einer neuen Loyalität des Adels gegenüber der Krone führten, und auch das Bürgertum begann sich am Adel zu orientieren (S. 53f). Insbesondere beeinträchtigten die Kriege die ökonomische Entwicklung (z. B. Dreißigjähriger Krieg, Türkenkriege).

Als Maria Theresia 1740 die Nachfolge Karls VI. antrat, erwies sich in mehreren Kriegen die Militär- und Staatsorganisation nicht mehr als zeitgemäß, und es folgten umfangreiche Reformbemühungen im Sinne merkantilistischer Politik, die nach der Regierungsbeteiligung von Joseph II. (ab 1765) auch mehr liberale Elemente enthielten. Interne Zollgrenzen wurden im Sinne des „Universalkommerzes“ abgebaut, das Gewerbewesen erst durch die Verleihung von Privilegien, später durch weiter reichende Liberalisierungen gelockert, und 1774 wurde die Schulpflicht eingeführt.

Die erste Reformphase um die Jahrhundertmitte war noch im Sinne einer Intensivierung der merkantilistischen Ansätze von Karl VI. angelegt und beinhaltete auch durchaus dysfunktionale Elemente, während die zweite Phase (unter der [Mit-]Regentschaft von Joseph II.) die Rahmenbedingungen für die weitere ökonomische Modernisierung zweifellos verbesserte. Schon in der Ära von Maria Theresia experimentierte man mit neuen institutionellen Ansätzen des Bank-, Börsen- und Geldwesens, wenngleich oft ohne nachhaltigen Erfolg. Die Landwirtschaft entwickelte sich im Rahmen physiokratischer Reformansätze graduell weiter, und im Gewerbe vermehrten sich Strukturen jenseits der Zunftreglements im Manufaktur- und Ver-

lagswesen, wodurch sich auch Institutionen des Arbeitsmarktes herausbildeten (S. 80-90). So erzielte das (ökonomische) Regime durchaus Wachstumserfolge, der Abstand zu den führenden westeuropäischen Regionen blieb jedoch bestehen.

So wie Butschek im Kapitel zum „entwicklungsgeschichtlichen Hintergrund“ allgemein von der Industrialisierung als „Durchbruch“ ausgeht, konstatiert er auch für Österreich, dass mit dem Erfolg der ersten Textilfabrik im Jahr 1801 (Pottendorfer Spinnerei) „der Damm gebrochen zu sein“ schien, wenngleich durch Rückschläge infolge der Napoleonischen Kriege, des „Staatsbankrotts“ von 1811 und ungünstiger Ernten die Industrialisierung erst in den späten 1820er-Jahren wiederum an Dynamik gewann.

Für die Periode vor 1848 zeichnet Butschek konzis das Bild widersprüchlicher Entwicklungen. Die Ausführungen zur monetären Geschichte (S. 107-110) hätten um eine Erwähnung der erfolgreichen Einlösung der Antizipations- bzw. Einlösescheine nach der Gründung der Nationalbank ergänzt werden können, was der Darstellung von Geldmengen- und Inflationsentwicklung mehr Plausibilität verliehen hätte. Als förderliche institutionelle Entwicklungen der Zeit werden u. a. die Gründung des Wiener polytechnischen Instituts (heute Technische Universität Wien), der montanistischen Hochschule in Vordernberg (später Leoben), der Ausbau der Universität Wien und die Gründung von Gewerbevereinen hervorgehoben. Zu Recht wird vom Autor der traditionell oft negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung während des Biedermeier eine differenziertere Sichtweise gegenübergestellt, die den Beginn der

nachhaltigen Industrialisierung entsprechend würdigt.

In den Ausführungen zur Zeit zwischen 1848 und 1918 hebt Butschek u. a. die liberalen Reformen – ab der neo-absolutistischen Ära – sowie die antiliberalen Entwicklungen in den Phasen konservativer Regierungen und ab der Etablierung der Massenparteien hervor. Daraus resultierten institutionelle Rahmenbedingungen, die zwar eine Weiterentwicklung moderner Wirtschaftsbereiche (z. B. Elektroindustrie, Finanzwesen etc.) gestatteten, jedoch auch behinderten. Das Gebiet der heutigen Republik Österreich gehörte nicht zu den besonders dynamischen Wachstumszentren Europas, angesichts langsam steigender Reallöhne und ökonomischer Modernisierungserfolge spricht der Autor aber vom „silbernen Zeitalter“, das durch den Ersten Weltkrieg abrupt beendet wurde.

Die Ausführungen zur Zwischenkriegszeit (S. 182-250) leitet Butschek wie folgt ein: „Das Ende des Ersten Weltkriegs verursachte im heutigen Bundesgebiet einen dramatischen institutionellen Bruch, der nahezu alle Lebensbereiche erfasste.“ Danach erläutert er die ökonomischen Konsequenzen der Aufteilung des zuvor integrierten Marktes der Habsburgermonarchie und der Kriegswirtschaft, schildert die Nachkriegskrise, Hyperinflation und Genfer Sanierung, die Strukturprobleme des Bankensektors sowie die Errungenschaften und Kostenbelastungen der Sozialpolitik. Des Weiteren geht er u. a. auf die Gründung des Wirtschaftsforschungsinstituts, die Anfänge einer an gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen orientierten Gewerkschaftspolitik sowie auf präkeynesianische Konzepte ab den beginnenden 1930er-Jahren ein, die für die Praxis je-

doch irrelevant blieben – Aspekte, für die der Autor ein ausgewiesener Experte ist.

Die Wirtschaftskrise ab 1929 wurde in Österreich mit dem Sanierungsbedarf der Creditanstalt ab 1931 in ihrer vollen Tragweite fühlbar. Die verfügbaren staatlichen Mittel mussten weitgehend für die Bankensanierung aufgewendet werden, 1932 erhöhte sich die Auslandsverschuldung erneut durch eine international garantierte Anleihe (Lausanner Protokoll). Somit blieben der Politik – ab 1933/34 wurde autoritär regiert – nur wenig Spielräume für fiskalische und geldpolitische Maßnahmen. Sehr treffend resümiert Butschek, dass die wirtschaftliche Entwicklung die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch durch niedrige Investitionsquoten und schwierige internationale Rahmenbedingungen zu wenig dynamisch blieb, um für Vollbeschäftigung zu sorgen. Die Grundperspektive seiner Analyse ist dabei von der deutschen Borchardt-Kontroverse beeinflusst. Im Sinne dieses Diskurses diagnostiziert der Autor, dass auch in Österreich damals keine relevanten Handlungsspielräume für eine aktivere Fiskal- und Geldpolitik bestanden haben, die auf einen fühlbar dynamischeren Wachstumspfad hätte führen können.

Gänzlich außer Acht lässt er hingegen eine Erklärungsstrang, der z. B. von Rothschild, Sandgruber und Senft¹³ aufgegriffen wurde – dass nämlich die antimoderne, rückwärtsorientiert-antikapitalistische Politik der Regierungen sich (insbesondere ab 1934) durch explizite Reglements (z. B. Agrar- und Gewerbebereich) und bürokratische Schikanen hinderlich auf die Wachstumspotenziale der Marktwirtschaft ausgewirkt haben, die in ei-

nem freieren Umfeld potenziell für mehr Dynamik gesorgt hätten. Diese Art von Wachstumsbremse hätte ohne jegliche finanzielle Kosten, durch Deregulierung statt zünftlerischer Klientelpolitik, gelockert werden können.

Das knappe Kapitel zur Wirtschaftsgeschichte des österreichischen Gebiets während der NS-Herrschaft¹⁴ (S. 251-264) beginnt mit den Überlegungen der Bundesregierung nach 1945 über allfällige Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland, nähert sich der Thematik somit in der Perspektive der „Opferthese“ an. Wenngleich die „Alliierten schon 1946 zu erkennen gaben, dass sie nicht bereit waren, substanzielle finanzielle Forderungen Österreichs gegenüber Deutschland zu unterstützen, versuchte die Bundesregierung, sämtliche Schäden die dem Land durch die Okkupation entstanden waren, zusammenzufassen“ (S. 251).

Das Kapitel ist darauf fokussiert, kurz- und längerfristige ökonomische Effekte der NS-Ära für die österreichische Volkswirtschaft darzulegen: Boom bis 1939, Investitionen im Rahmen der Kriegswirtschaft und Zerstörungen während der Spätphase des Krieges.

In einem Absatz wird auf den NS-Terror eingegangen (S. 260): Politische Gegner des Regimes „verschwanden in Konzentrationslagern“, „Hauptleidtragende des Nationalsozialismus blieben jüdische Staatsbürger. Sie verloren ihre ökonomische Existenz, wurden unter entwürdigenden Bedingungen und praktisch völlig mittellos aus dem Land getrieben. Gelang ihnen die Flucht nicht, dann endeten sie in Konzentrationslagern. Österreich hat den damit verbundenen ungeheuren kulturellen Verlust nie gänzlich ver-

wunden.“ Das Schicksal der Opfer wird in sprachlicher Form, die passives Erleiden ausdrückt, angesprochen, die aktive Seite, jene der Täter, bleibt unausgeführt. Aus institutioneller Perspektive hätte auf zentrale Rechte, die für eine Marktwirtschaft konstituierend sind, wie z. B. das Recht auf Privateigentum, Recht auf die eigene Arbeitskraft, Recht auf Unversehrtheit von Leib und Leben, samt und sonders Rechte, die im NS-Staat auf legislativer und individueller Ebene massenhaft gebrochen wurden, eingegangen werden müssen. Deren Abschaffung bzw. Missachtung hat zweifellos den radikalsten institutionellen Bruch in der Geschichte Deutschlands und des Gebiets der heutigen Republik Österreich bedeutet. Über die Verbrechen im Rahmen des Holocaust sowie über Umfang und Methoden des massenhaften gewaltsamen Vermögensentzuges wurden in jüngster Zeit umfangreiche neue Forschungsergebnisse erarbeitet (insbesondere von der Österreichischen Historikerkommission¹⁵), die von Butschek nicht einmal erwähnt werden.

Auf elaborierte eigene Vorarbeiten kann der Autor bei der Darstellung von der Wiederaufbauära bis in das „Goldene Zeitalter“ zurückgreifen. Als Erfolgsfaktor hebt er das konstruktivere institutionelle Umfeld nach 1945 heraus, das sich nicht zuletzt in der Herausbildung der Sozialpartnerschaft manifestierte. Neuere Forschungsergebnisse (u. a. von Seidel¹⁶) haben überdies gezeigt, dass die Besatzungsmächte per Saldo positiv zur Entwicklung beigetragen haben und dass die materiellen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges zeitnah überschätzt worden sind. Der Kapitalstock wies 1945 (dank Investitionen und Zwangs-

arbeit während der NS-Ära) trotz Kriegsschäden ungefähr das gleiche Volumen wie 1937 auf. Allerdings brachten Beschädigungen und akute Engpässe die Produktion vorerst weitgehend zum Erliegen, ehe ab 1947 Rekordwachstumsergebnisse erzielt werden konnten (ab 1948 auch dank des ERP-Plans). Nach 1955 folgten dann die Jahre des „Wirtschaftswunders“.

Der Übergang von den stabilen hohen Wachstumsraten des „Goldenen Zeitalters“ zur „Wellblechkonjunktur“ mit dem Ende der Vollbeschäftigung wird im Kontext der beiden Erdölshocks der 1970er-Jahre erläutert, aber auch einer geänderten Institutionenstruktur sowie veränderter Werthaltungen einer neuen Generation zugeschrieben, die seit 1968 an Stellenwert gewann.

Der „Austrokeynesianismus“ wird sachlich und differenziert beurteilt: Hartwährungspolitik und zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften stützten die Wettbewerbsfähigkeit, aber zunehmende Budgetdefizite begannen langfristig die Stabilität zu gefährden. Mit dieser Mahnung endete Butscheks Wirtschaftsgeschichte Österreichs aus dem Jahr 1985. Im hier besprochenen, umfassenderen Werk wird darüber hinaus nicht nur die Entstehungsgeschichte der verstaatlichten Industrie, sondern auch deren Krise und die nachfolgende Privatisierung kompetent und wohl abgewogen analysiert. Butschek versteht es, ihre Beiträge während des Wiederaufbaus, konjunkturelle Herausforderungen ab den 1970er-Jahren, strukturell-institutionelle Probleme, Budgetbelastungen der 1980er- und 1990er-Jahre, die Verkaufserfolge seit den späten 1980er-Jahren und den wertvollen Beitrag der hoch entwickelten Nachfolgeunterneh-

men für die gegenwärtige Industriestruktur darzulegen.

Die Abschnitte 17.4 bis 21 befassen sich mit aktuellen Entwicklungen seit den späten 1980ern. Bedeutende Themen sind die Impulse durch den EU-Beitritt, die Reformprozesse in den vormals staatssozialistischen Staaten, wobei zu Recht auf die oft engstirnige Grundhaltung, z. B. bei ökologischen Partikularinteressen, hingewiesen wird.

Die „Ära Schüssel“ erfährt eine ambivalente Beurteilung. Positive Erwähnung finden die Bemühungen um die Stabilisierung des Pensionssystems, es werden aber auch unkonstruktive Belastungen des sozialpartnerschaftlichen Gefüges (tw. verfassungswidrige Maßnahmen im Sozialversicherungsbereich) erwähnt, die es den Gewerkschaften schwer machten, ihren eigenen Mitgliedern gegenüber eine maßvolle Linie zu vertreten. Insgesamt lag das Staatsdefizit 2006 höher als 2000 (als de facto noch ein rot-schwarzes Budget vollzogen worden war).

Die Wiederkehr der großen Koalition gilt Butschek dann überhaupt als das „Ende der Reformen“. So arbeitet er als schwere Gegenwartsprobleme die landwirtschaftliche „Ordnung“, Fehlallokationen in der Verkehrs- und Energiepolitik und Defizite des Kapitalmarktes heraus (S. 461-495). Die Ausführungen zur Finanzkrise wurden noch vor dem Aufkommen der akuten Probleme der Hypo Alpe Adria AG und erhöhter Risiken in manchen ostmitteleuropäischen Ländern verfasst.

Mögliche Qualitäten eines Buches über mehr als zwei Jahrtausende Wirtschaftsgeschichte eines Landes (bzw. eines Gebietes) können sein, einen instruktiven Gesamtüberblick zu gewähren, als Nachschlagewerk für Teilas-

pekte zu taugen und/oder eigene Deutungsschwerpunkte darzulegen. Zum dritten dieser möglichen Resultate kann angemerkt werden, dass Felix Butschek trotz eines generell sehr sachlichen Tons der Darstellung gegebenenfalls vor deutlichen Wertungen nicht zurückscheut. So zeichnet er eindrucksvoll die antiliberalen Politik in der späten Habsburgermonarchie mit ihren durchaus wachstumshemmenden Effekten nach und konstatiert, dass der Erste Weltkrieg leichtfertig „vom Zaun“ gebrochen wurde. Eine persönliche Abneigung ist gegenüber den 1968er-Bewegungen herauszulesen, die er vor allem mit wachstumshemmenden Attitüden und dem Linksterrorismus der 1970er- und 1980er-Jahre identifiziert. Auch die Ökologiebewegungen erachtet der Autor vor allem als Wachstumsbremse und als Verursacher von Fehlinvestitionen im Energie- und Verkehrsbereich. Hingegen fällt die Darstellung des NS-Unrechts im Ton betont neutralistisch aus – wobei dem Autor damit ausdrücklich keinerlei Nähe zu diesen Strömungen zugeschrieben sei, eher eine gewisse Rücksicht, die Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus nicht mit Erwägungen des Umgangs mit NS-Unrecht in der Nachkriegsära in Zusammenhang bringen zu wollen. Aus Sicht des Rezensenten müsste eine offene Abhandlung beider Aspekte in ihrer Historizität möglich sein.

Als Nachschlagewerk, um einen Einstieg in Phasen und Aspekte der österreichischen Wirtschaftsgeschichte zu finden, eignet sich das Werk dank der klaren Strukturierung und dank des umfangreichen Statistikanhangs sehr gut.¹⁷ Auch die Herkulesaufgabe, eine schlüssig gegliederte Gesamtdarstellung zu gestalten, hat der Autor bra-

voirös bewältigt, wofür sich das institutionelle Konzept als Gliederungsprinzip bewährt hat. Am dichtesten sind die Darstellungen eher gegenwartsnaher Entwicklungen ausgefallen – zum Beispiel vermag die kenntnisreiche Schilderung des Schicksals der verstaatlichten Industrie absolut zu überzeugen. LeserInnen, die bereits in den vergangenen Jahren die Publikationen des Autors rezipiert haben, werden manches schon Bekannte wiederfinden, insgesamt wird das Buch als übersichtliches Überblicks- und Einführungswerk wertvolle Dienste leisten.

Andreas Resch

Anmerkungen

- ¹ Ferdinand Tremel, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs* (Wien 1969).
- ² Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Wien 1995).
- ³ Ernst Bruckmüller, *Sozialgeschichte Österreichs* (Wien 2001).
- ⁴ Günther Chaloupek, et al., *Österreichische Industriegeschichte 1700 bis 1848. Die vorhandene Chance* (Wien 2003); Johannes Jetschgo, et al., *Österreichische Industriegeschichte 1848 bis 1955. Die verpasste Chance* (Wien 2004); Ferdinand Lacina, et al., *Österreichische Industriegeschichte 1955 bis 2005. Die ergriffene Chance* (Wien 2005).
- ⁵ David F. Good, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914* (Wien, Köln, Graz 1986).
- ⁶ John Komlos, *Die Habsburgermonarchie als Zollunion* (Wien 1986).
- ⁷ Peter Eigner, Andrea Helige, *Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert* (Wien 1999).
- ⁸ Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (Stuttgart 1985).

- ⁹ Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates* (Wien 1994).
- ¹⁰ Peter Berger, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert* (Wien 2007).
- ¹¹ Vgl. neben dem Band in FN 8 z. B. Felix Butschek, *Industrialisierung: Ursachen, Verlauf, Konsequenzen* (Wien u. a. 2006); ders., *Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart* (Wien u. a. 2004); ders., *Europa und die Industrielle Revolution* (Wien u. a. 2002); ders., *Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der industriellen Revolution* (Wien 1999); ders., *Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die österreichische Wirtschaftspolitik 1920-1995* (Wien 1996); ders., *Der österreichische Arbeitsmarkt. Von der Industrialisierung bis zur Gegenwart* (Stuttgart 1992).
- ¹² Vgl. z. B. Michael Mitterauer, *Warum Europa?* (München 2003); Eric L. Jones, *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens* (Tübingen 1991); Douglass C. North, *Theorie des institutionellen Wandels* (Tübingen 1988); ders., *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung* (Tübingen 1992); Avner Greif, *Institutions and the Path to Modern Economy* (Cambridge/UK et al. 2006); Joel Mokyr, *The gifts of Athena. Historical origins of the knowledge economy* (Princeton, NJ, u. a. 2005).
- ¹³ Vgl. etwa Kurt W. Rothschild, *Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur*, in Wilhelm Weber (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen* (Berlin 1961) 1-157, hier 94ff; Sandgruber, *Ökonomie und Politik* (1995) 327, 395ff; Gerhard Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe* (Wien 2002) 350ff.
- ¹⁴ Der Autor hat dazu eine separate Monografie verfasst: Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945* (Stuttgart u. a. 1978).
- ¹⁵ Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. *Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich*, 32 Bände (Wien, München 2003, 2004).
- ¹⁶ Hans Seidel, *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg* (Wien 2005).
- ¹⁷ Spezialisten für die einzelnen Teilbereiche mögen sich in manchen Fällen den Nachweis breiterer Literaturgrundlagen gewünscht haben – hierbei handelt es sich vermutlich auch um verschiedene kulturelle Traditionen von Autoren, die sich von einem wirtschafts- oder geschichtswissenschaftlichen Hintergrund her mit wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen befassen. Man vergleiche etwa das außerordentlich umfangreiche und differenzierte Literaturverzeichnis in Sandgruber, *Ökonomie und Politik* (1995).